

Beirat Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit: Gedenk- und Erinnerungskultur zur NS-Zeit in Sachsen-Anhalt

Ausgangslage

Die Gedenk- und Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt steht vor großen Herausforderungen und Umbrüchen. Das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen - die Shoah stellt ein singuläres Verbrechen in der Geschichte der Menschheit dar - bildet dabei einen zentralen Bezugspunkt der Gedenk- und Erinnerungskultur in unserem Land. Doch diese Erinnerung steht zunehmend unter Druck. Ein gesellschaftlicher Wandel, geprägt von zunehmender Vergessenheit, Relativierung und ideologischen Umdeutungen, führt dazu, dass die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus auf die Bewährungsprobe gestellt wird. Die multiplen Krisen unserer Zeit, insbesondere die Inflation, der Krieg in der Ukraine, der steigende Antisemitismus nach dem Massaker der islamistischen Hamas an der israelischen Bevölkerung und des folgenden Gaza-Krieges zeigen schlaglichtartig, wie fragil das demokratische Zusammenleben ist. Neben Antisemitismus war der Rassismus ein zentrales Fundament der nationalsozialistischen Ideologie. Die Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen beruhte auf einer rassistischen Weltanschauung, die Menschen nach vermeintlicher „Wertigkeit“ einordnete, entmenslichte und entrechtete. Der NS-Staat legitimierte auch durch andere Abwertungsideologien die Verfolgung und Ermordung von Menschen. Herausforderungen für die Erinnerungsarbeit sind weiterhin die Relativierung oder Leugnung von nazistischen Verbrechen in der extremen Rechten. Hinzu kommen neurechte Strategien, die auf eine Marginalisierung der historischen Bedeutung des Nationalsozialismus und der Shoa hinauslaufen. Gestützt werden entsprechende Tendenzen durch die weite Verbreitung des sekundären bzw. Schuldabwehrantisemitismus in der Gesamtbevölkerung. Dies schlägt sich u.a. in zunehmenden Provokationen bei Gedenkstättenbesuchen nieder, die politisch-ideologisch rechten Spektren zugeordnet werden können.

Das Ende der Zeitzeugenschaft und das nachlassende historisch-politische Wissen machen eine Weiterentwicklung und Neustrukturierung dieser wichtigen Arbeit deshalb umso notwendiger. 80 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur stellt sich die Frage, wie eine zeitgemäße Erinnerung an die NS-Verbrechen aussehen kann.

Der Beirat für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sieht es daher als seine Aufgabe, Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige, inklusive und wirksame Erinnerungsarbeit zur NS-Zeit zu formulieren. Der vorliegende Beschluss benennt zentrale Herausforderungen und verknüpft diese mit konkreten Visionen und Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft. Der Beirat für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit fordert die Landesregierung auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen in der jetzigen, aber auch der zukünftigen, Legislaturperiode in Kooperation mit den vielen Engagierten im Land umzusetzen.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt wird seit vielen Jahren von einer Vielzahl von Akteuren getragen, darunter staatlichen Institutionen, kommunalen Trägern, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie internationalen und bundesweiten Partnerschaften. Diese Akteure leisten einen entscheidenden Beitrag zur historischen Aufarbeitung, Bildungsarbeit und gesellschaftlichen Sensibilisierung. Insbesondere die Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten werden in jedem Jahr von einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern besucht. Die Landeszentrale für politische Bildung fördert diese Fahrten umfänglich seit vielen Jahren, indem sie Fahrtkosten komplett erstattet. Darüber hinaus stehen weitere Möglichkeiten zur Förderung von Gedenkstättenfahrten ins In- und Ausland zur Verfügung, die rege genutzt werden. Zahlreiche Schulen haben, ergänzend dazu, eigene Projekte ins Leben gerufen und setzen sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in ihrem Ort, ihrer Region, auseinander, etwa indem sie Stolpersteine pflegen. Bisher wurden in Sachsen-Anhalt mehr als 1.500 Stolpersteine verlegt und werden von engagierten ehrenamtlichen Initiativen weiterhin gepflegt und in verschiedenen Projekten für die erinnerungskulturelle Arbeit genutzt. 2025 und 2026 werden sämtliche Stolpersteine in Sachsen-Anhalt in die App „Stolpersteine digital“ eingepflegt und so die direkte Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Menschen hinter den Steinen möglich. Regelmäßig organisiert die Landeszentrale, wie auch andere Institutionen, Gespräche mit Zeitzeugen und bindet sie Schulprojekte ein.

Erinnerungskultur in der Krise: Herausforderungen

Ende der Zeitzeugenschaft

Der bevorstehende Verlust der letzten Zeitzeugen stellt die deutsche Erinnerungskultur vor mehrere zentrale Herausforderungen: Zeitzeugenberichte vermitteln eine persönliche, emotionale und direkte Verbindung zur Vergangenheit. Ohne diese Berichte in lebendiger Form könnte das Gedenken abstrakter und weniger greifbar für jüngere Generationen werden (Authentizitätsverlust). Es ist ebenfalls festzustellen, dass ohne die persönlichen Berichte von Überlebenden Geschichtsleugnung und Relativierung an Einfluss gewinnen. Gedenkstätten, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere an die Shoah erinnern, sind zentrale Orte des Lernens, aber auch der gesellschaftlichen Selbstvergewisserung. Wenn an diesen Orten antisemitische Vorfälle auftreten, handelt es sich nicht nur um strafrechtlich relevante Delikte, sondern um Angriffe auf das kollektive Gedächtnis und auf die demokratischen Grundwerte. Jeder Vorfall ist auch die Verhöhnung der Opfer sowie ihrer Nachkommen. Die Bandbreite der antisemitischen Vorfälle reicht von Sachbeschädigungen wie Schmierereien und Vandalismus bis hin zu Leugnung oder Relativierung der Shoah sowie Anfeindungen gegenüber Besucherinnen und Besuchern, so auch Jüdinnen und Juden.

Die Auswirkungen antisemitischer Vorfälle sind weitreichend. Sie betreffen nicht nur eine erneute Viktimisierung von Betroffenen, sondern schädigen auch das öffentliche

Gedenken insgesamt. Langfristig droht die Gefahr, dass antisemitische (und revisionistische, rechtsextreme) Narrative an Legitimität gewinnen.

Für die Gedenkstätten selbst stellen antisemitische Vorfälle eine große Herausforderung dar. Einerseits müssen sie den Schutz von Besucherinnen und Besuchern sowie ihrer Einrichtungen gewährleisten, andererseits dürfen sie ihre Zugänglichkeit nicht verlieren. Sie stehen vor der Aufgabe, präventiv und reaktiv mit antisemitischen Vorfällen zu umzugehen. Hierfür braucht es Programme und Projekte, die Gedenkstätten fachliche Unterstützung anbieten.

Mit dem Verschwinden der letzten Zeitzeugen droht auch das unmittelbare Wissen über die rassistische Dimension der NS-Verbrechen verloren zu gehen. Zeitzeugnisse verdeutlichen, wie Rassismus konkret Leben zerstört hat – in alltäglicher Diskriminierung, in Entrechtung, Deportation und Mord. Bildungs- und Gedenkinitiativen müssen diese Erfahrungsberichte dauerhaft sichern und die Weitergabe der Erkenntnis ermöglichen, dass Abwertungsideologien nie folgenlos bleiben, sondern immer zu Ausgrenzung und Gewalt führen und im NS-System in systematischer Vernichtung gipfelten.

Ritualisierung von Gedenktagen

Aussagen wie „Wir dürfen nie vergessen“ oder „Nie wieder“ werden oft phrasenhaft verwendet, ohne dass sie mit konkreten Handlungen oder Bildungsmaßnahmen verbunden sind. Es besteht die Gefahr, dass Gedenken zu einer gesellschaftlichen, ritualisierten „Pflichtübung“ wird, die das eigentliche Ziel – eine bewusste Auseinandersetzung mit der Geschichte – in den Hintergrund drängt. Erinnerung kann dadurch zu einer Art moralischer Entlastung mit dem Ziel der eigenen Befreiung von Scham und Schuld werden, anstatt zur Reflexion über aktuelle Verantwortung zu führen.

Nachlassendes historisch-politisches Wissen

Aktuelle Studien belegen: Jeder vierte Jugendliche hat noch nie eine Gedenkstätte oder einen Gedenkort besucht, über 50% gaben an, wenig oder überhaupt nichts über die Geschichte des NS am eigenen Wohnort zu wissen und zugleich fordern 38% einen „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit zu ziehen (MEMO-Jugendstudie 2025). Jeder zehnte junge Erwachsene in Deutschland kennt den Begriff "Holocaust" nicht (Umfrage der Jewish Claims Conference 2025). Ohne solides Grundwissen über die Vergangenheit wird es schwieriger, Parallelen zu aktuellen politischen Entwicklungen zu erkennen und die Tragweite der nationalsozialistischen Verbrechen adäquat nachzuvollziehen. Unwissenheit ermöglicht heute, dass historische Fakten in Frage gestellt oder mit unhaltbaren Vergleichen relativiert werden. Vor diesem Hintergrund versuchen auch politische Kräfte, revisionistische Sichtweisen oder solche, die die Verbrechen des NS-Regimes verharmlosen, zu verbreiten. Gerade, aber bei weitem nicht nur, bei jüngeren Menschen, gelingt dies in teils alarmierendem Maße und trägt zu einer Popularisierung rechtsextremer Haltungen bei.

Erinnerung in der Migrationsgesellschaft

Viele Menschen mit Migrationshintergrund empfinden Erinnerungskultur als eine primär „deutsch-deutsche“ Angelegenheit. Manche Gruppen haben eigene, oft nicht anerkannte Opfergeschichten, ob durch das Unrecht des weltweiten Kolonialismus oder etwa die Massaker an Armeniern oder Diktaturerfahrungen in arabischen oder afrikanischen Ländern. Auch können, je nach Herkunftsland, antisemitische und/oder antiisraelische Haltungen Teil des staatlichen Narrativs sein, welches breit in der Bevölkerung rezipiert wird. Somit existieren in einigen migrantischen Communities antisemitische oder relativierende Narrative, die zum Beispiel die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust in Frage stellen oder Israel-Feindschaft verbreiten.

Geschichtspolitischen Instrumentalisierung des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg im Sinne des russischen Imperialismus

Zur ideologischen Legitimierung ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine bedient sich das Putin-Regime eines zentralen geschichtspolitischen Narrativs, dass eine Kontinuität zwischen dem historischen Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und einer Gegenwart behauptet, in der Russland erneut einen Existenzkampf gegen den „Faschismus“ führen müsse. Diese Behauptung basiert auf der Prämisse, dass das heutige Russland eine „Großmacht“ sei und somit auch das Recht habe, auch jenseits der eigenen Grenzen als Ordnungsmacht zu agieren. Diese imperiale Sichtweise findet in Deutschland über gezielte Desinformation in sozialen Medien, Abgesandte des russischen Staates, aber auch mittels deren Verteilung oder Übernahme durch einheimische Multiplikatoren Verbreitung. Ebenso nutzen russische bzw. pro-russische Akteure Erinnerungsorte und –daten zu eigenen Aktionen, die entsprechende Narrative bedienen und beispielsweise eine angebliche Vernachlässigung russischer Interessen seitens der Deutschen Politik und Gesellschaft suggerieren (z.B. „Putzaktionen“ russischer Kriegsgräberverbände auf sowjetischen Ehrenfriedhöfen, „Siegesfahrten“ russischer Motorradclubs zum Gedenken an den 8. Mai 1945).“

Postkoloniale Relativierung

Die Singularität der Shoah und der Vernichtungspolitik des NS-Regimes wird (auch) dort bestritten, wo die Shoah als ein Genozid unter vielen verstanden wird. Diese Position wird in einigen postkolonialen Betrachtungsweisen vertreten. Problematisch ist hieran nicht, dass ein Vergleich zwischen verschiedenen begangenen Verbrechen unternommen wird, sondern dass der Holocaust als ein zweckrationales Kolonialverbrechen verstanden wird und der Blick auf die Spezifik der nationalsozialistischen Vernichtung und die Gefahr des Antisemitismus verloren geht.

Erinnerung in Zeiten von Social Media

Historische Informationen werden zunehmend über soziale Medien (TikTok, Instagram, YouTube) konsumiert, wo Inhalte meist stark verkürzt und vereinfacht dargestellt werden oder gar falsch und realitätsleugnend sind. Soziale Medien bestimmen, welche Inhalte Nutzerinnen und Nutzer sehen, basierend auf vorherigem Konsumverhalten. Manche Menschen ziehen alternative Erzählungen aus zweifelhaften Online-Quellen vor, was die Gefahr von Geschichtsverzerrung und Holocaust-Relativierung/-leugnung erhöht.

Ostspezifischer Blick auf die Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus

In der DDR wurde der „Faschismus“ – vom Nationalsozialismus wurde aus ideologischen Gründen nicht gesprochen – primär aus einer klassenkämpferischen Perspektive betrachtet. Die offizielle Lesart betonte den antifaschistischen Widerstand der Kommunisten, während die Mitschuld der breiten Bevölkerung am Holocaust und an den NS-Verbrechen kaum thematisiert wurde. In einigen Regionen Ostdeutschlands gibt es eine erhöhte Anfälligkeit für rechtsextreme Ideologien, die auch mit einem verzerrten oder relativierenden Geschichtsbild einhergehen.

Visionen & Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt

Ende der Zeitzeugenschaft

Vision: Die Gesellschaft muss Wege finden, das Gedenken auch ohne persönliche Zeugnisse lebendig zu halten. Dies könnte durch verstärkte Bildungsarbeit, künstlerische Projekte oder innovative Gedenkformen geschehen. Der Rückgriff auf digitale Angebote bietet Möglichkeiten. Dennoch kann auf einen großen Fundus an erfasstem Wissen zurückgegriffen werden, ebenso stehen vielfach Zeitzeugen der 2. und 3. Generation zur Vermittlung zur Verfügung. Inspiration kann aus dem Gedenken an historisch weiter zurückliegende Ereignisse gezogen werden, die schon heute ohne Zeitzeugenschaft erfolgen.

Handlungsempfehlungen:

- Entwicklung und Erprobung innovativer und zielgruppenspezifischer Formate für Menschen aller Altersgruppen
- Aufbau und Förderung digitaler Zeitzeugenarchive mit interaktiven Formaten bzw. stärkere Einbindung in bereits existierende Strukturen (z.B. Hologramme, KI-gestützte Interviews)
- Weiterentwicklung und Finanzierung von Bildungsangeboten, die neue Zugänge ermöglichen (z.B. Storytelling, Projektstage, Theater)

Ritualisierung von Gedenktagen

Vision: Gedenktage werden zu lebendigen Momenten der Reflexion, die individuelles Nachdenken und gesellschaftliche Verantwortung fördern. Die Trauer der Betroffenen und ihrer Nachkommen findet angemessenen Raum. Menschen aller Generationen werden in die Gestaltung des Gedenkens eingebunden, um eine zeitgemäße und allen Generationen nachvollziehbare Erinnerungskultur zu schaffen.

Handlungsempfehlungen:

- Vorschläge zur Gestaltung jährlicher Gedenk- und Erinnerungstage
- Historischer Widerstand der Betroffenen wird hervorgehoben (bspw. Jüdischer Widerstand). So wird auch der Wahrnehmung als reine „Opfergruppe“ entgegengewirkt.
- Einbindung von jüdischen Organisationen und Perspektiven
- Stärkerer Fokus auf partikuläre Aspekte (Schwerpunkte der vergangenen Jahre: "Zukunft Erinnerungskultur", Sinti & Roma)
- Einbindung auch von Täterbiografien/-nachkommen bzw. Mehrheitsgesellschaft
- Stärkung von Projekten, die Jugendlichen eine aktive Mitgestaltung an Erinnerungskultur ermöglichen

Nachlassendes historisch-politisches Wissen

Vision: Junge Menschen in Sachsen-Anhalt verfügen über ein fundiertes historisches Wissen und reflektieren dieses in Bezug auf ihre Gegenwart.

Handlungsempfehlungen:

- Umsetzung von Gedenkstättenbesuchen mit pädagogischem Programm gemäß Lehrplan und Koalitionsvertrag der Landesregierung und entsprechende finanzielle Unterstützung
- Aufbau digitaler Lernformate mit Bezug zur Lebenswelt junger Menschen
- Intensivierung & Ausbau der Kooperation zwischen Schule, Gedenkstätten und Jugendarbeit

Erinnerung in der Migrationsgesellschaft

Vision: Statt einer exklusiv „deutschen“ Erinnerung kann eine transnationale Perspektive neue Zugänge schaffen. Das Nacherleben der Opferperspektive und der Hinweis auf historische Kollaboration zwischen NS-Deutschland mit anderen Staaten, aber auch auf ausländische „Gerechte unter den Völkern“ sowie Zwangsarbeiterschicksale können Grundlage dafür sein, migrantische Bezüge in das Gedenken der nationalsozialistischen Verbrechen aufzunehmen, wie auch das Gedenken für die Migrationsgesellschaft zu öffnen. Erinnerungskultur ist inklusiv, vielfältig und schafft Räume für unterschiedliche Perspektiven ohne Relativierung der Shoah.

Handlungsempfehlungen:

- Stärkung migrantischer Perspektiven in der Gedenk- und Erinnerungskultur
- Verknüpfung deutscher Geschichte mit Flucht-, Diktatur- und Verfolgungs- und Kolonialismuserfahrungen aus anderen Ländern
- Austauschprogramme zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft mit Zeitzeugen der 2. und 3. Generation
- Aktive Einbindung der Vertreter migrantischer Communities in die Entwicklung von Angeboten der Bildung und Vermittlung.
- Entwicklung erinnerungskultureller Bildungsangebote, die migrantische Erfahrungen einbeziehen.
- Förderung von Dialogprojekten zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft.
- Aufklärung über Antisemitismus in Herkunftskontexten und aktive Auseinandersetzung mit historischen Narrativen.

Erinnerung in Zeiten von Social Media

Vision: Authentizität wird bewahrt und eine Balance zwischen niedrigschwelligem Zugang (wie bei interaktiven Gedenkstätten-Apps, Augmented Reality und historische Simulationen in Videospielen) und respektvoller Geschichtsvermittlung gefunden. Soziale Medien werden dabei als Chance für zeitgemäße Erinnerungskultur genutzt, ohne ihre Risiken zu unterschätzen.

Handlungsempfehlungen:

- Unterstützung von Bildungs-Influencern und geschichtsbewussten Content-Creators auf Social-Media-Plattformen wie Instagram oder TikTok
- Einbeziehung von Gaming-Angeboten (Serious Games) mit Erinnerungsschwerpunkten, um ein aktives, empathisches Erinnern zu fördern.
- Förderung von Angeboten von Medienkompetenztraining für unterschiedliche Zielgruppen (SuS, aber auch Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte)

Ostspezifischer Blick auf die Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus

Vision: Statt einer Übernahme der westdeutschen etablierten moralisierenden Erinnerungskultur, die in Ostdeutschland oft als „fremd“ oder „moralisch belehrend“ wahrgenommen wird, braucht es eine eigenständige Aufarbeitung, die an die Erfahrungen Ostdeutschlands anknüpft. Statt moralischer Appelle werden mehr partizipative Formate benötigt, in denen sich die hier Lebenden selbst mit Geschichte auseinandersetzen – etwa durch lokale Spurensuchen zur NS-Vergangenheit oder Dialogformate, in denen eigene Fragen und Zweifel Raum haben. Wichtig ist dabei, dass die Annäherung an die NS-Zeit immer die ostdeutschen Erfahrungen vor und nach der Wiedervereinigung berücksichtigt. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus Mittel zum Zweck ist, um die Beschäftigung mit der DDR zu überspringen. Ein differenziertes Geschichtsverständnis, das auch ostdeutsche Erinnerungslücken thematisiert, stärkt die demokratische Resilienz.

Handlungsempfehlungen:

- Förderung lokaler Geschichtsprojekte, bei denen Menschen in ihrer eigenen Gemeinde nach Spuren der NS-Zeit suchen – nicht als Anklage, sondern als ehrliche Reflexion der Vergangenheit.
- Auseinandersetzung mit DDR-spezifischer Geschichtserzählung im Unterricht und in Gedenkstätten
- Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen mit lokalgeschichtlichem Fokus
- Auseinandersetzung mit der lokalen Gedenktradition und der Geschichte lokaler Erinnerungskulturen

Stärkung der kommunalen Erinnerungskultur

Kommunal bzw. ehrenamtlich getragene Gedenk- und Erinnerungsstätten brauchen eine verstärkte Unterstützung seitens des Landes zur Etablierung zeitgemäßer

Bildungsangebote. Gefördert werden sollte vor allem die nachholende Professionalisierung des Personals, eine Überarbeitung von Bildungskonzepten ebenso wie die Anpassung von Ausstellungen und Gebäuden. Das Land ist aufgerufen, das städtische Erinnern zu einem zentralen Gegenstand in der Kinder- und Jugendarbeit im Lehrplan zu machen, um die Empathie der Kinder und Jugendlichen durch möglichst konkrete Begegnungen vor Ort zu stärken. Das Land wird gebeten, mittels eines neuartig strukturierten Förderprogramms die interkommunale Vernetzung städtischer Initiativen im Bereich der Erinnerungskultur nachhaltig voranzutreiben. Mit Blick auf die Bedeutung der außerschulischen historischen Bildung als integralem Teil kultureller und allgemeiner Bildung sollten auf Landesebene rechtliche Regelungen zu deren verstärkter Förderung geprüft werden. Solche Gesetze könnten insbesondere die finanzielle und strukturelle Förderung von innovativen Vorhaben und Projekten der historisch-politischen Bildung vorsehen. Die Inanspruchnahme dieser Förderung sollte für die Kommunen auf freiwilliger Basis erfolgen. Für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure sollten kostenfreie Beratungsangebote für diesen Bereich geschaffen und entsprechend bekannt gemacht werden.

Nutzung der internationalen/ bundesweiten Angebote

Weitere und intensivere Nutzung von bundesweiten und internationalen Angeboten in der Vermittlung von Erinnerungskultur, wie auch entsprechende Förderung auf Bundes- und EU-Ebene.

Mehrere Städte-, Hochschul-, und Schulpartnerschaften im Land sind für die Erinnerungskultur nutzbar. Im Rahmen der Partnerschaften mit der Region Centre-Val de Loire in Frankreich und der Woiwodschaft Masowien in Polen sind bereits einige solcher Projekte etabliert. Die Pflege dieser Projekte ist anzustreben und die Übertragung der Erfahrungen auf andere Netzwerke zu prüfen.

Ressourcen

Der Betrieb von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Sachsen-Anhalt, die Durchführung von Gedenkstättenfahrten oder die Projektarbeit zivilgesellschaftlicher Akteuren und Akteure bedarf einer deutlichen Erhöhung der finanziellen und, mehr noch, der personellen Mittel. Diese Mittel dienen auch der Sicherung der Qualitätsstandards der pädagogischen Angebote.